

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 27. März 2019
– Drucksache 16/6010**

Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Katastrophenschutzverfahren der Union

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 27. März 2019 – Drucksache 16/6010 – Kenntnis zu nehmen.

08. 05. 2019

Die Berichterstatterin:

Der Vorsitzende:

Isabell Huber

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration, Drucksache 16/6010, in seiner 27. Sitzung am 8. Mai 2019. Vorberatend hatte sich der Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration mit dieser Mitteilung befasst und empfohlen, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

Abg. Andrea Schwarz GRÜNE trug vor, am zunächst vorgelegten Beschlussvorschlag über ein Katastrophenschutzverfahren der Union sei kritisiert worden, dass die Umsetzung des Katastrophenschutzverfahrens bei den Mitgliedsstaaten möglicherweise zu einer Vernachlässigung ihrer eigenen Vorsorgebemühungen führe. Das baden-württembergische Innenministerium habe maßgeblich dazu beigetragen, dass die geäußerten Subsidiaritätsbedenken auf EU-Ebene ausgeräumt worden seien. Das jetzige Ergebnis zeige, dass Baden-Württemberg auf europäischer Ebene durchaus etwas bewegen könne.

Die Fraktion GRÜNE halte einen auf europäischer Ebene angesiedelten Katastrophenschutz für sehr wichtig. Der Kampf gegen den Klimawandel müsse intensiviert werden. Dazu müssten auch Anpassungsmaßnahmen vorgenommen werden. Ihres Erachtens sei das Katastrophenschutzverfahren eine sehr gute Anpassungs-

maßnahme auf europäischer Ebene. Umwelt- bzw. Unwetterkatastrophen, Waldbrände, Stürme mit verheerenden Folgen nähmen drastisch zu.

Das Katastrophenschutzverfahren der Union sei auch insbesondere im Vorfeld der Europawahl als Sinnbild europäischer Solidarität zu verstehen. Wenn ein Mitgliedsstaat Hilfe brauche, trete die Gemeinschaft ein. Es sei daher begrüßenswert, dass das Katastrophenschutzverfahren jetzt auf den Weg gebracht worden sei.

Abg. Isabell Huber CDU legte dar, auch die CDU-Fraktion begrüße den jetzigen Vorschlag für ein Katastrophenschutzverfahren der Union. Die zuvor geäußerten Kritikpunkte hinsichtlich einer möglichen Aushöhlung staatlicher Souveränität, der Schaffung von Parallelstrukturen und einer überbordenden Bürokratie durch vermehrte Berichtspflichten hätten mittlerweile ausgeräumt werden können.

Zunächst einmal sei jeder Mitgliedsstaat für den Katastrophenschutz selbst verantwortlich. Erst wenn er diesen nicht mehr selbst regeln könne, sei grenzüberschreitende Hilfe durch andere Mitgliedsstaaten möglich.

Die jetzige Fassung des Vorschlags gewährleiste daher ein effizientes Vorgehen im Katastrophenschutz, das Vorbildcharakter habe. Die EU übernehme eine koordinierende und unterstützende Funktion. Gerade mit Blick auf die kommende Europawahl sei das ein vorbildliches Beispiel für die Funktion der EU.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP äußerte, die wesentlichen Kritikpunkte, die auch von der FDP/DVP-Fraktion geäußert worden seien, seien weitestgehend ausgeräumt worden. Die Kompetenzen in den einzelnen Ländern seien nun beschränkt worden. Die länderübergreifende Zusammenarbeit werde beispielsweise auch mit dem deutsch-französischen Feuerwehrboot auf dem Rhein praktiziert. Die FDP/DVP-Fraktion begrüße das Katastrophenschutzverfahren der Union.

Abg. Nicolas Fink SPD schloss sich den lobenden und dankenden Worten seiner Vorredner an und ergänzte, gerade in Baden-Württemberg habe Katastrophenschutz viel mit ehrenamtlichem Engagement zu tun. Auch dafür gelte es dankbar zu sein.

Naturkatastrophen machten nicht an Ländergrenzen halt. Insgesamt wäre zu wünschen, dass die in Rede stehenden Kooperationen nie benötigt würden.

Vorsitzender Willi Stächele merkte an, es wäre wünschenswert, dass die Reserven, die geschaffen würden, im Einsatz dann auch funktionierten. Diesbezüglich seien bei der Bundeswehr teilweise schlechte Erfahrungen gemacht worden.

Derzeit komme der Bund seiner Verpflichtung, den Ländern Feuerwehrfahrzeuge zu liefern, nur teilweise nach. Auch gebe es in Deutschland bei den Löschflugzeugen ein Defizit. Er appelliere dringend, das Ganze so zu formulieren, dass jeder seiner Verantwortung gerecht werde.

Ein Vertreter des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration erläuterte, die Katastrophenschutzfahrzeuge, die der Bund liefere, beträfen den Verteidigungsfall. Baden-Württemberg sei mit etwa 3 500 Fahrzeugen im Feuerwehrbereich sehr gut aufgestellt. Der Bund liefere in etwa 180 weitere Fahrzeuge. Diese seien alle ausgeschrieben und seien momentan in der Herstellung. Dass der Bund noch nicht geliefert habe, mindere mitnichten die Leistungsfähigkeit in Baden-Württemberg.

Als letztes Jahr deutsche Einheiten bei Waldbränden in Schweden eingesetzt worden seien, seien die anderen europäischen Länder von der Leistungsfähigkeit der deutschen Feuerwehren, die gewohnt seien, rund um die Uhr einsatzfähig zu sein, sehr beeindruckt gewesen.

Abg. Josef Frey GRÜNE fragte, ob beispielsweise ein Waldbrand im Schwarzwald mit einem Löschflugzeug gelöscht werden könnte.

Der Vertreter des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration führte aus, Deutschland – auch Baden-Württemberg – verfüge über einen sehr guten

Waldbau und eine Waldplanung. Die Wälder seien wenig anfällig für große Waldbrände, auch wenn sich ein Waldbrand nie ganz ausschließen lasse. Die Waldgebiete seien sehr gut erreichbar. Zunächst würden daher sehr starke Einheiten am Boden in den Einsatz gehen, die versuchten, die Entstehungsbrände schnell in den Griff zu bekommen.

Dort, wo es aufgrund topografischer Gegebenheiten schwierig werde, die bodengebundenen Einheiten einzusetzen, werde versucht, mit Luftunterstützung vorzugehen. Hierfür stünden Hubschrauber mit Außenlastbehältern zur Verfügung. Es werde davon ausgegangen, dass damit Brände in Baden-Württemberg in den Griff zu bekommen seien.

Der Einsatz von Löschflugzeugen sei die dritte Stufe. Diese setze bestimmte Aufnahmebedingungen voraus. Ein Löschflugzeug müsse das Löschwasser im Flug aufnehmen. Dazu brauche es einen See, der mindestens 400 m lang sei. Überdies könne diese schwierige Einsatzfähigkeit nur von erfahrenen Piloten durchgeführt werden. Wenn Baden-Württemberg Löschflugzeuge brauche, werde das Innenministerium die Anforderung über das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe bei der EU anmelden. Dann kämen die Löschflugzeuge aus den Gebieten, in denen sie stationiert seien. Momentan sei das insbesondere der südeuropäische Raum.

Zunächst einmal werde auf die Pooleinheiten gesetzt. Die einzelnen Staaten stellten also Einheiten auf, um den Nachbarn zu helfen. Das Neue am rescEU-Verfahren sei, dass für Einsatzszenarien, die zwar sehr selten aufträten, aber eine hohe Wirkung hätten – große Waldbrände, Terroranschläge, medizinische Großeinsätze usw. –, es möglich sei, dass die europäischen Staaten Beschaffungsmaßnahmen durchführten, für die die EU Zuwendungen zwischen 80 und 90 % gebe.

Nach den Ergebnissen aus den Waldbränden letztes Jahr in Portugal – das sei letztlich der Auslöser für die Diskussion gewesen – würden jetzt weitere Löschflugzeuge beschafft. Das solle in den nächsten drei Jahren in diesem Verfahren laufen. Dann habe die EU weitere Löschflugzeuge zur Verfügung, die in einem Mitgliedsstaat stünden und die dann innerhalb kürzester Zeit eingesetzt werden könnten.

Seines Erachtens sei das ein Fortschritt. Es sei auch gelebte Solidarität und habe sehr viel Bewusstseinsänderung erzeugt. Das rescEU-Verfahren beinhalte noch vieles mehr, u. a. ein Wissensnetzwerk, das jetzt aufgebaut werden solle und in das sich das Innenministerium zusammen mit der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe (GD ECHO) einbringe.

Das Ganze wäre ein Element, das den Bürgern einmal mehr zeige, dass die EU auch Vorteile habe.

Einvernehmlich empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 16/6010 Kenntnis zu nehmen.

14. 05. 2019

Huber

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung
und Migration vom 27. März 2019
– Drucksache 16/6010****Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Katastrophenschutzverfahren der Union**

Empfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 27. März 2019 – Drucksache 16/6010 – Kenntnis zu nehmen.

10. 04. 2019

Die Berichterstatlerin:

Andrea Schwarz

Der Vorsitzende:

Karl Klein

Bericht

Der Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration beriet die Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 27. März 2019, Drucksache 16/6010, in seiner 33. Sitzung am 10. April 2019.

Eine Abgeordnete der Fraktion GRÜNE vertrat den Standpunkt, die Mitteilung des Ministeriums zum Katastrophenschutzverfahren der Union zeige, dass das Land Baden-Württemberg auch die europäische Politik maßgeblich mitgestalten könne. Diesen starken Beleg für die Einhaltung der föderalen Strukturen und die Befolgung des Subsidiaritätsprinzips halte sie gerade im Vorfeld der anstehenden Europawahlen für wichtig.

Sie freue sich daher besonders, dass das baden-württembergische Innenministerium in Verhandlungen mit der Kommission maßgeblich dazu beigetragen habe, dass es im Fall des Katastrophenschutzes nun zu einer europäischen Einigung komme.

Ihrer Partei und Fraktion sei der Katastrophenschutz ein wichtiges Anliegen; mehrere parlamentarische Initiativen der letzten Jahre, auch zum Thema rescEU, belegten dies ausdrücklich. Die Notwendigkeit eines effizienten Katastrophenschutzes werde im Zeichen des Klimawandels nämlich absehbar noch zunehmen, beispielsweise steige die Waldbrandgefahr. Da Baden-Württemberg keine eigenen Löschflugzeuge habe, sei es gut, dass hier auf europäische Hilfe zurückgegriffen werden könne. Die Europäische Union erweise sich damit auch in dieser Hinsicht als Solidar- und Wertegemeinschaft, die gerade dann einspringe, wenn ein einzelner Staat Hilfe brauche.

Ein Abgeordneter der SPD wies darauf hin, dass seine Fraktion bereits bei anderer Gelegenheit das gemeinsame Katastrophenschutzverfahren auf EU-Ebene positiv bewertet habe und die angestrebte Stärkung des europäischen Katastrophenschutzpools und den damit verbundenen Ausbau der Kapazitäten begrüße. In diesem Zusammenhang interessiere ihn, ob alle – auch aus den Reihen der Koalitionsfraktionen teilweise geäußerten – Bedenken nach den Gesprächen mit dem zuständigen EU-Kommissar nun ausgeräumt seien.

Ein Abgeordneter der CDU meinte, es sei wichtig, dass die bestehenden Strukturen, die in Baden-Württemberg vornehmlich ehrenamtlich getragen würden, nicht unter die Räder gerieten. Hierzu bedürften die in diesem Bereich Tätigen auch zukünftig der engagierten Unterstützung durch das Land. Keine Frage sei, dass im Ernstfall ebenso alle Hilfsmöglichkeiten auf europäischer Ebene genutzt werden sollten.

Ein Abgeordneter der AfD fragte, ob bei diesem Thema Analogien zu dem Bestreben gesehen würden, die europäische Grenz- und Küstenwache Frontex personell und finanziell drastisch aufzustocken. Er fügte hinzu, er habe den Eindruck, dass wie beim Thema Frontex nun auch beim Katastrophenschutzverfahren reine Absichtsbekundungen erfolgten, ohne dass diese faktisch und finanziell unterlegt würden.

Der Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration bedankte sich für die zum Ausdruck gebrachte positive Bewertung und Unterstützung des EU-Katastrophenschutzverfahrens.

An den Vertreter der AfD gewandt fuhr er fort, die beiden genannten Themen müssten voneinander getrennt betrachtet werden. Er selbst trete für eine deutliche, auch personelle, Stärkung von Frontex ein; beim Thema Katastrophenschutz hingegen würde er es für völlig verfehlt halten, wenn die Europäische Union eigene Einheiten aufbauen würde. Dies sei nach seinem Dafürhalten ausdrücklich auch nicht intendiert.

Weiter berichtete er, in der vergangenen Woche sei der für humanitäre Hilfe und Krisenschutz zuständige EU-Kommissar erneut in Deutschland, in Baden-Württemberg gewesen. Bei dieser Gelegenheit habe er die höchste Ehrung erhalten, die das Technische Hilfswerk bundesweit zu vergeben habe – und zwar gerade unter Verweis auf sein Verständnis für die Organisation des Katastrophenschutzes in Deutschland.

Der mit der Mitteilung übermittelte Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 sehe erhebliche Mittel vor, die in das Katastrophenschutzsystem der Europäischen Union fließen sollten. Ziel sei eine weitere Verbesserung und Stärkung des europäischen Katastrophenschutzes – was sicherlich in jeder Hinsicht Unterstützung verdiene. Die Vorstellung etwa, dass ein von Waldbränden betroffener EU-Mitgliedsstaat die Unterstützung von 25 Ländern erhalte, sei als Grundgedanke sehr zu begrüßen.

Daher sei er auch sehr froh, dass das europäische Katastrophenschutzsystem nun vor wenigen Tagen habe in Kraft treten können. Aktuell habe sich dieses hoch professionelle System übrigens bereits bei Unterstützungsmaßnahmen für das von einem heftigen Zyklon betroffene Land Mosambik schon hervorragend bewährt.

Er erklärte, Baden-Württemberg habe im Zuge des Verfahrens deutliche Zeichen gesetzt, und zwar sowohl für die europäische Solidarität als auch für das Ehrenamt im Land. Dabei sei ein wichtiges Anliegen gewesen, überbordende Bürokratie wie auch den Aufbau von Doppelstrukturen zu verhindern. Beides sei gelungen; und zwar nicht zuletzt aufgrund intensiver Gespräche, die er und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Brüssel geführt hätten. Auch der zuständige EU-Kommissar – der zunächst recht skeptisch gewesen sei – zeige sich inzwischen von dem baden-württembergischen Erfolgsmodell überzeugt.

Der Ausschuss beschloss ohne förmliche Abstimmung, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

08. 05. 2019

Andrea Schwarz